

XIX.GP-NR
84
1994 -11- 30

A N F R A G E

der Abgeordneten Rosenstingl, Haller, Dr. Partik-Pablé, Aumayr

an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr

betreffend: Probleme mit der Briefzustellung

Nach wie vor gibt es - speziell im Wiener Raum - massive Beschwerden über Beförderungsverzögerungen und Sendungsverluste. Auf entsprechende Anfrage der unterzeichneten Abgeordneten wurden zwar entsprechende Probleme in Abrede gestellt, bzw. behauptet, diese seien bereits bereinigt. Tatsache bleibt aber, daß nach wie vor zahlreiche Bürger von derartigen Mißständen betroffen sind.

Will man nicht unterstellen, daß diese Anfrage bewußt falsch bzw. unvollständig beantwortet wurde, so ergibt sich daraus, daß der Verkehrsminister bzw. die zuständigen Stellen der Post selbst nicht ausreichend informiert sind, weil entsprechende Beschwerden nicht in geeigneter Form dokumentiert und verfolgt werden.

Darüberhinaus sind den Anfragestellern zahlreiche Betroffene bekannt, die erklären, keine Beschwerden durchführen zu wollen, weil Erfahrungen in der Nachbarschaft gezeigt hätten, daß diese ohnedies wirkungslos blieben, günstigstenfalls würde einem ein 'Beschwichtigungshofrat' ins Haus geschickt, der Postkunde aber - quasi als Rache - damit rechnen müsse, in Zukunft überhaupt keine Post mehr zugestellt zu erhalten.

Berichte über ganze Säcke mit Poststücken, die im Altpapier oder sonstwie 'vergessen' bzw. 'entsorgt' werden, anstatt in ordnungsgemäßer Form der Zustellung zugeführt zu werden, runden das katastrophale Bild der Zustellungsqualität in einigen Bereichen ab.

Angesichts derartiger - zugegebenermaßen glücklicherweise nicht für den Gesamtbetrieb repräsentativer - Zustände erscheint es, gerade auch im Hinblick auf die - noch - gegebene Monopolsituation der Post angebracht, diesen mit aller Entschlossenheit entgegenzutreten und die Verantwortlichen konsequent zur Rechenschaft zu ziehen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr nachstehende:

Anfrage:

1. In welcher Form werden Beschwerden bei der Post genau entgegengenommen, dokumentiert und wie wird diesen nachgegangen?
2. Wie ist es möglich, daß – wie Sie in ihrer Anfragbeantwortung 6954/j ausführen – keine Information über die Beschwerdezahld bei den einzelnen Postämtern besitzen (Frage 2), andererseits aber behaupten, aufgrund dieses – angeblich nicht vorhandenen – Datenmaterials würden gezielt Mißstände abgestellt (Frage 7)?
3. Sind Sie der Ansicht, daß für den offensichtlich mangelnden Erfolg der Maßnahmen gegen die beschriebenen Zustände das unzureichende Beschwerdewesen der Post eine wesentliche Ursache ist?
4. Welche Maßnahmen haben Sie ergriffen, um sicherzustellen, daß beschwerdewürdige Zustände rascher bzw. überhaupt abgestellt werden?
5. Wieviele Briefsendungen waren gemäß der in der erwähnten Antwort zitierten Laufweguntersuchung um jeweils wieviel länger als der Durchschnitt unterwegs?
6. Wieviele Sendungen wurden im vergangenen Jahr als verschwunden gemeldet und welche Gesamtzahl an verlorenen Sendungen – logischerweise erfahren viele Postkunden gar nicht, daß sie eine Sendung hätten erhalten sollen, können sich daher auch nicht beschweren – wird seitens der Post geschätzt?
7. In wievielen Fällen wurden Sendungen im widerrechtlich geöffneten Zustand zugestellt, welche Gründe wurden hierfür angegeben und in welchen Bereichen sind solche Fälle gehäuft aufgetreten?
8. In wievielen Fällen wurden Verluste ganzer Postsäcke bzw. größerer Mengen von Sendungen bekannt wo haben diese stattgefunden?
9. Welche Konsequenzen werden im Detail aus den genannten und sonstigen Fällen hinsichtlich der hierfür Verantwortlichen gezogen, insbesondere wieviele innerbetriebliche Disziplinar- oder sonstige Verfahren wurden mit welchem Ergebnis durchgeführt und in wieviele Fällen wurde Anzeige erstattet?